

# LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
196 · Ausgabe BE · September 2021



## Bezahlbare Massnahmen für mehr Klimaschutz

**DIE EXTREMEN WETTERSITUATIONEN IM SOMMER 2021 FÜHREN UNS IN ALLER DEUTLICHKEIT VOR AUGEN, DASS SICH DAS KLIMA RASANT VERÄNDERT. WIE DIE WISSENSCHAFT BEREITS VOR 50 JAHREN VORAUSSAGTE, BEWIRKEN DIE SEIT DER INDUSTRIALISIERUNG AUSGESTOSSENEN TREIBHAUSGASE NEBEN DEM ABSCHMELZEN VON GLETSCHERN UND EISSCHILDEN VERMEHRT STÜRME, TROCKENHEITSPERIODEN UND ÜBERSCHWEMMUNGEN.**

Gemäss Umfragen befürwortet eine deutliche Mehrheit der Berner Bevölkerung Massnahmen zum Schutz unserer Umwelt und zur Verminderung der Klimaerwärmung. Dennoch steht die Schweiz nach der verlorenen Abstimmung vom 13. Juni 2021 ohne griffiges CO<sub>2</sub>-Gesetz da, und der Kanton Bern hat nach dem Nein vom 19. Februar 2019 immer noch kein zeitgemässes Energiegesetz. Nun bietet sich die Chance für eine Trendwende: Am 26. September stimmen wir im Kanton Bern über die Einführung eines Klimaschutzartikels in der Kantonsverfassung ab. Die SP empfiehlt überzeugt ein Ja! Wir müssen dem Klimaschutz die richtige Bedeutung zumessen und ihm den gebührenden Platz in der Kantonsverfassung gewähren.

Ein klares Ja zum Klimaschutzartikel wird uns alle dazu verpflichten, gemeinsam nach konkreten Lösungen zu suchen, die den Kanton Bern bis 2050 klimaneutral machen.

Für die SP ist klar, dass die daraus folgenden Massnahmen sozialverträglich sein müssen. Die Ablehnung des eidgenössischen CO<sub>2</sub>-Gesetzes hat gezeigt, dass gerade Menschen mit kleinem Einkommen zusätzliche Kosten fürchten. Dem müssen wir stärker Rechnung

tragen. Wenn beispielsweise der Kanton das Autofahren verteuert, dann muss im Gegenzug der öffentliche Verkehr ausgebaut werden. Der Kanton Bern braucht somit eine ÖV-Offensive, insbesondere in den ländlichen Regionen und in den Agglomerationen, damit die Menschen eine umweltschonende Alternative erhalten. Oder wenn Öl-Heizungen verboten werden, dann muss der Kanton erneuerbare Energien zusätzlich subventionieren und den Ausbau der Fernwärmenetze vorantreiben. So werden die Massnahmen für mehr Klimaschutz bezahlbar und damit auch mehrheitsfähig.

Ein ganz aktuelles Beispiel für die Umweltpolitik der SP ist ein überparteilicher Vorstoss von Christian Bachmann und mir, der in der vergangenen Sommersession im Grossen Rat klar überwiesen wurde. Er fordert, dass bei Neubauten und Dachsanierungen alle geeigneten Dachflächen mit Solarenergieanlagen ausgerüstet werden müssen. SP-Umweltpolitik bedeutet konkrete Lösungen für bestehende Herausforderungen: Obschon die Technik ausgereift ist, Solarenergieanlagen subventioniert werden und die Mehrkosten gegenüber konventionellen Dächern mittlerweile kaum mehr ins Gewicht fallen, braucht es eine ent-

sprechende Vorschrift. Nur so werden solche Anlagen in genügend grosser Anzahl gebaut und schaffen wir die Energiewende. Dank der deutlichen Annahme im Grossen Rat und den Bemühungen unseres Energie- und Umweltdirektors Christoph Ammann wird diese Vorschrift sicher in die nächste Energiegesetzrevision einfließen.

Nicht durchdachter Klimaschutz zu Lasten der Armen und Schwächeren führt zu sozialen Konflikten. Moralische Appelle und eine Verteuerung der fossilen Brennstoffe alleine reichen nicht aus. Es braucht vielmehr sozialverträgliche Massnahmen und die Förderung von bezahlbaren Alternativen. Dann finden sich auch wieder Mehrheiten für mehr Klimaschutz. Als Grundlage dafür braucht es aber unbedingt eine deutliche Annahme des Klimaschutzartikels am 26. September.

Ueli Egger, Co-Präsident SP Kanton Bern und Grossrat, Hünibach

**«Der Kanton Bern braucht eine ÖV-Offensive, insbesondere in den ländlichen Regionen und in den Agglomerationen.»**

# Gründung von Plateforme.Socialiste in Tavannes

Gilles Marchand,  
Präsident von  
Plateforme.Socialiste  
und Hervé Gullotti,  
Co-Präsident des PSJB.

Die linken Bewegungen im Berner Jura haben schon vor einiger Zeit einen historischen Dialog in Gang gesetzt, um ihre Kräfte vor allem im Interesse der sozialdemokratischen Werte zu bündeln. Der Parti socialiste romand ist eng mit dieser Dynamik verknüpft. Ziel ist dabei, alle zu vereinen, die einerseits mit der Jurafrage – sie hat über Jahrzehnte viele Gräben in unseren Reihen aufgerissen – abschliessen und andererseits die linken Wähler:innen und Sympathisant:innen motivieren wollen, sich für die sozialdemokratischen Werte einzusetzen. In Tavannes ist aus der Sektion des Parti socialiste autonome (PSA) die neue lokale Plateforme.Socialiste entstanden mit dem Ziel, diesen Werten im Ort namentlich im Hinblick auf die nächsten Gemeindewahlen ein klares Profil zu geben und alle lokalen Strömungen des Ortes zu bewahren, unabhängig von jeder Frage der Zugehörigkeit. Ein neuer, viel versprechender Ansatz für den Berner Jura. Die Fragen an den Präsidenten von Plateforme.Socialiste, Gilles Marchand, stellte Hervé Gullotti.

## Gilles Marchand, wie entstand die Idee von Plateforme.Socialiste in Tavannes?

Die Idee, die linken Kräfte im Berner Jura zu bündeln, ist nicht neu: Es gab schon zahlreiche Versuche, aber nie ist es gelungen, sie zu konkretisieren. Angesichts dieser Misserfolge hat die PSA-Sektion Tavannes beschlossen, es mit einem neuen, basisorientierten

Ansatz zu versuchen und als Beispiel für eine vereinigte Linke auf regionaler Ebene zu dienen.

## Welche Ziele hat die Lokalpartei?

Plateforme.Socialiste sieht sich als Labor für neue Arten, auf lokaler Ebene Politik zu machen. Mit stärkerer Präsenz auf der Strasse und indem wir Themen der nationalen Politik in den öffentlichen Raum tragen, will die neue Partei die Beziehung zwischen Politik und Bürger:innen pflegen. Ein Teil der Sitzungen soll regionalen oder nationalen Themen gewidmet sein, um die Bürger:innen der Nachbargemeinden zu integrieren, die keine lokale Sektion haben. Mit einer aktiven Beteiligung an der Organisation von politischen Kampagnen, zusammen mit anderen Organisationen der Linken, will Plateforme.Socialiste einen positiven Anreiz rund um Fragen der Sozial- und Umweltpolitik schaffen und rund um verbindende Themen eine politisch sonst wenig engagierte Bevölkerung ansprechen.

## Habt ihr neben dem Parti socialiste du Jura bernois (PSJB) und dem Parti socialiste autonome (PSA) eine neue sozialdemokratische Partei gegründet?

Plateforme.Socialiste ist keine neue Partei, sondern will Bindeglied zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Strömungen sein und den Grundstein für eine starke und vereinigte Linke im Berner Jura legen.

Diese Änderungen wurden in Absprache mit dem Parti Socialiste autonome und dem Parti Socialiste bernois beschlossen. In einer ersten Phase schliesst sich Plateforme.Socialiste keiner kantonalen oder regionalen SP-Sektion an und lässt es ihren Mitgliedern frei, bei der einen oder anderen Sektion mitzumachen. Einzige Bedingung ist die Zustimmung zur Charta. In den Medien und der öffentlichen Meinung wurde die Gründung von Plateforme.Socialiste klar als Ausdruck einer vereinigten Linken wahrgenommen.

## Was sind eure ersten konkreten Aktionen?

Wir haben eine Rekrutierungskampagne mit einem Versand an alle Haushalte in Tavannes und Umgebung gemacht. Diesen Herbst lancieren wir eine Gemeindeinitiative und bereiten die Wahlen vom November vor. Geplant sind auch Unterschriftensammlungen für die Initiativen der SP und die Verteilung von Flyern für die 99%-Initiative.

## Was ist eure Botschaft für die Berner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten?

Die Hauptbotschaft von Plateforme.Socialiste ist, die Arbeit vor Ort in den Vordergrund zu stellen und die Grabenkämpfe beiseite zu lassen. Die jungen Generationen sehen den Beitritt zu einer Partei oft negativ, das Mitmachen für eine gute Sache liegt ihnen mehr. Wir müssen unsere Art, Politik zu betreiben, anpassen, um den Herausforderungen von morgen wirksam zu begegnen.



# «Es braucht einen Richtungswechsel»

**ERICH FEHR WILL DIE LINKE MEHRHEIT IN DER BERNER REGIERUNG ZURÜCKGEWINNEN. IM INTERVIEW MIT LINKS.BE ERKLÄRT DER BIELER STADTPRÄSIDENT UND SP-REGIERUNGSRATSKANDIDAT, WARUM ER DAFÜR DER GEEIGNETE MANN IST UND WO ER ANPACKEN WILL.** Interview: Hannes Rettenmund

**Lieber Erich, warum willst du Regierungsrat werden?**

Ich bin überzeugt, dass der Kanton Bern nach sechs Jahren mit einer bürgerlichen Mehrheit einen neuen Impuls, ja einen eigentlichen Richtungswechsel hin zu einer sozialeren und ökologischeren Zukunft braucht.

**Mit welchen Inhalten willst du in den Wahlkampf steigen?**

Gerade die Coronakrise hat uns gelehrt, dass der Staat ein unverzichtbarer, stabilisierender Faktor ist. Unser Staat darf nicht durch Steuergeschenke für wenige geschwächt werden. Vergessen wir nie: Nur ein finanziell gesundes Gemeinwesen kann einen leistungsfähigen Service Public gewährleisten und auf diesen ist die Bevölkerung angewiesen. Ein weiteres grosses Anliegen meinerseits ist die Förderung der umweltschonenden Mobilitätsformen, sprich ÖV, Velo- und Fussverkehr. Hier kann man im Kanton Bern noch einiges besser und mutiger machen. Ich komme aus einer Industriestadt und weiss daher genau, dass die Menschen nur dann ein würdiges und selbstbestimmtes Leben führen können, wenn sie einen Arbeitsplatz und damit auch ein Einkommen haben. Wir müssen deshalb Rahmenbedingungen schaffen, damit in nachhaltigen Bereichen Arbeitsplätze mit korrekter Entlohnung und auch

anderweitig attraktiven Arbeitsbedingungen entstehen.

**Regierungs- und Führungserfahrung sind wichtige Qualifikationen für einen Regierungsrat, die du als langjähriger Stadtpräsident von Biel mitbringst. Welche weiteren Eigenschaften kannst du in die Waagschale werfen?**

Ich bin auch ein erfahrener Vermittler. In Biel konnte ich unter Beweis stellen, dass es mir gelingt, in vertrackten Situationen einen breiten Konsens herbeizuführen und eine drohende Spaltung innerhalb der Bevölkerung zu überwinden respektive zu vermeiden. Als Stadtpräsident der grössten zweisprachigen Stadt der Schweiz habe ich zudem ein ausgeprägtes Gespür für das Arbeiten in und mit verschiedenen Kulturen, und der respektvolle Umgang mit Minderheiten gehört quasi zu meiner DNA. Zudem habe ich vor meiner vollamtlichen Polititätigkeit über zehn Jahre eine grosse Verwaltungseinheit in der bernischen Kantonsverwaltung geleitet.

**Wenn du gewählt wirst, stellt Rot-Grün mit Evi Allemann, Christoph Ammann und Christine Häslar vier von sieben Sitzen im Regierungsrat. Warum braucht es in der Regierung des Kantons Bern eine linke Mehrheit?**

Die Abstimmungsniederlagen bei der Steuer- und der Sozialhilfegesetzrevision zeigen klar, dass die bürgerliche Mehrheit an den Bedürfnissen der Bernerinnen und Berner vorbeipolitisiert. Es braucht eine linke Mehrheit, damit in der Sozialhilfepolitik nicht mehr die Armen bekämpft werden, sondern die Armut. Auch geht die bürgerliche Mehrheit den unverzichtbaren Klimaschutz nur halbherzig an, was uns noch teuer zu stehen kommen wird. Wenn der Kanton Bern den wirtschaftlichen Anschluss nicht verlieren will, müssen wir in innovative und umweltschonende Technologien und Projekte investieren; denn dort werden in Zukunft neue Unternehmungen und neue Arbeitsplätze entstehen. Der Kanton Bern befindet sich in einem starken strukturellen Wandel, was verständlicherweise Ängste und Sorgen weckt. Wer aber versucht den Wandel aufzuhalten, wird eines Tages von ihm überrollt; es gilt daher den Wandel in geordnete Bahnen zu lenken und sozialverträglich zu gestalten.

## ZUR PERSON

Erich Fehr ist seit 2011 vollamtlicher Stadtpräsident von Biel. Zuvor war der 53-jährige Stadt- und Gemeinderat in der grössten zweisprachigen Stadt der Schweiz. Der gelernte Kaufmann mit Weiterbildung zum Betriebswirtschaftler sowie einem Nachdiplom Executive Master of Public Management ist verheiratet.

## KARIN BERGER-STURM NEU IM GROSSEN RAT



Seit Juli ist Karin Berger-Sturm Grossrätin für die SP im Wahlkreis Mittelland Süd. Die 64-Jährige aus Grosshöchstetten arbeitet als Projektleiterin Bildung beim Schweizerischen Roten Kreuz. Sie folgt auf die zurückgetretene ehemalige Fraktionspräsidentin Elisabeth Striffeler.

## JUSOS ALS DOPPELMITGLIEDER GEWINNEN

Eine gute Möglichkeit für SP-Sektionen, junge Mitglieder zu gewinnen, sind JUSOs. Was viele nicht wissen: Für JUSOs ist bis 26 die Doppelmitgliedschaft in der SP auf Antrag gratis. Sprecht potenzielle Interessentinnen und Interessenten auf das Angebot an! Mehr Infos zum nötigen Vorgehen unter [www.juso.ch/doppelmitgliedschaft](http://www.juso.ch/doppelmitgliedschaft)

## RICHTERINNENPOOL ERNEUERN

Die SP Kanton Bern führt einen Richter:innenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als Richter:in vorstellen können. Interessierte SP-Mitglieder, die sich mittel- oder langfristige für eine Stelle am Ober-, Verwaltungs-, Zwangsmassnahmen-, Wirtschaftsstraf-, Jugend-, Regionalgericht oder bei der regionalen Schlichtungsbehörde bewerben möchten, melden sich bei Sonja Walther, SP Kanton Bern, per E-Mail: [sonja.walther@spbe.ch](mailto:sonja.walther@spbe.ch), Tel. 031 370 07 84.

### AGENDA 2021

- Sonntag, 26. September  
Abstimmungen
- Mittwoch, 10. November  
Parteitag in Bern
- Sonntag, 28. November  
Abstimmungen

## BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern

### Überspannte Bögen

Politik ist höchst moralisch. Wer politisiert, hat die Moral immer auf seiner Seite. Sitzt mit Gleichgesinnten zusammen und empört sich über jene, die die «Wahrheit» nicht sehen wollen. Wird das langweilig, zieht man noch über Gleichgesinnte her, die in Nuancen von der «Wahrheit» abweichen.

51,6 % Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Jesses! Die Kampagne war emotionslos, das Gesetz überladen. Ungewohnt selbstkritische Töne aus unserem Lager, aber unvollständig. Allerdings immer noch realitätsnaher als diejenigen, die überzeugt davon sind, dass ein griffigeres Gesetz angenommen worden wäre, z. B. Teile der Klima-Jugend. Die Jugend will holzen und nicht förstern, das ist ihr gutes Recht. Aber so funktioniert Demokratie eben nur selten.

Beide Agrar-Initiativen abgeschmettert, auf dem hoch mobilisierten Land mit 80 %. «Ach, die dummen Bauern!»

*Rote Feder*

Nein, dumm sind sie nicht, die Bäuerinnen und Bauern, ebenso wenig ihre Nachbarn, die im Dorf oder in der Stadt anderen Berufen nachgehen. Aber sie wollen sich nicht von Moralapostel:innen vorschreiben lassen, wie sie zu leben haben. Der Bogen war überspannt, weshalb sie auch das CO<sub>2</sub>-Gesetz abgelehnt haben, wie die VOX-Analyse zeigt.

Die SVP hat in ihrer Sommerloch-Kampagne den Versuch unternommen Stadt und Land zu spalten. Auch dieser Bogen ist überspannt. Wir sollten gelassen darauf reagieren, das Gemeinsame,

den Zusammenhalt und die Solidarität betonen. Lassen wir uns hingegen darauf ein und heulen aus den Städten heraus mit den SVP-Wölfen, ist die nächste Abstimmungspleite programmiert.

Franz Schori, Stadtrat Thun,  
Zentralsekretär syndicom

